

Interview mit Alexander Fedorov, Moskau News

«Wir versuchen, Bier und Wodka zu mischen»

In der Sowjetunion schwelt die politische und wirtschaftliche Krise weiter. Ein neues Parteiprogramm für die KPdSU von Michail Gorbatschow, prominente Austritte und Neugründungen, Verbot von Parteiaktivitäten in Betrieben und Ämtern Russlands durch Boris Jelzin... Roland Brunner befragte in Moskau für die BRESCHÉ Alexander Fedorov, Journalist der mit einer Auflage von 1'743'000 Exemplaren in 6 Sprachen grössten sowjetischen Zeitung «Moskau News».

Alexander Fedorov, von aussen gesehen bestimmt die Auseinandersetzung zwischen Boris Jelzin und Michail Gorbatschow die sowjetische Politik. Besteht zwischen den beiden heute Konflikt, Konsens oder Kompromiss?

Alexander Fedorov: Deutlichster Hinweis auf die neue Situation ist wohl, dass Boris Jelzin, der Präsident Russlands, kürzlich das ehemalige Arbeitszimmer von Michail Gorbatschow, Präsident der Sowjetunion, bezogen hat. Zimmer Nummer 1, ehemaliges Arbeitszimmer von Josef Stalin, hat also nach Gorbatschow einen neuen Besitzer erhalten. Das bedeutet natürlich nicht, dass dieser sein letztes Arbeitszimmer verloren hat, aber es symbolisiert die momentanen Vorgänge in der Politik: Konflikte zwischen Jelzin und Gorbatschow waren lange Zeit das Hauptthema in der Öffentlichkeit. Seit der Unterzeichnung des Vertrages von Nowo Ogariowo (nahe Moskau) zwischen den ehemaligen Kontrahenten ist aber klargeworden, dass die beiden sich brauchen, aufeinander angewiesen sind.

In dieser Hinsicht ist Gorbatschow viel mehr Vertreter progressiver Kräfte als konservativer, obwohl natürlich ein Konflikt zwischen Jelzin und Gorba-

tschow bestand, besteht und weiterbestehen wird. Gorbatschow wird immer eine Bremse sein auf dem Weg zu Reformen in Russland. Jelzin soll demgegenüber immer ein Beschleuniger sein, der Reformen vorantreibt. Der Konflikt ist aber nun in eine neue Phase getreten. Gorbatschow wird vor allem von rechten, konservativen Kräften in der Partei kritisiert. Jelzin dagegen gerät unter Druck linker, demokratischer Kräfte, wobei die Begriffe «links» und «rechts» hier natürlich im spezifisch osteuropäischen, d.h. umgekehrten Sinne verwendet werden. Nicht nur Gorbatschow wird heute also kritisiert, sondern auch Boris Jelzin. Der Vertrag zwischen Jelzin und Gorbatschow ist nur auf diesem Hintergrund verständlich und rettet für beide eine gewisse Handlungsfähigkeit.

Boris Jelzin ist heute als Präsident Russlands auch international anerkannt. Früher, als er einfacher Politiker war oder als Vorsitzender des Obersten Sowjets, haben die Leute im Westen immer gesagt: Gorbatschow ist für uns Nummer eins. Jelzin versteht sehr gut, dass er ohne Gorbatschow kein Geld bekommt für seine Reformen.

Einer der Konfliktpunkte war das neue Unionsgesetz zwischen den Republiken der Sowjetunion. Das vorgeschlagene Gesetz stiess auf harte Kritik seitens der Ukraine oder der baltischen Staaten. Sechs Republiken haben sich an den Verhandlungen gar nicht beteiligt. Besteht die UdSSR in Zukunft nur noch aus neun Republiken?

Ja, ganz klar. Gorbatschow hat offiziell zugestanden, dass er einige Republiken verloren hat. Das kann eine Rettung für Gorbatschow sein. Er wollte nicht länger eine englische Königin bleiben, die zwar den Titel trägt, aber damit nicht regieren

kann. Der Kompromiss mit den Republiken hat seine Situation stabilisiert. Noch vor einem Jahr wäre die Unterzeichnung eines solchen Vertrages unvorstellbar gewesen. Gorbatschow ist ja – das dürfen wir nicht vergessen – nicht nur Präsident der Sowjetunion, sondern auch Generalsekretär der Kommunistischen Partei.

Du hast die konservativen Kräfte in der KPdSU erwähnt. Es sieht so aus, als ob diese Partei nur noch aus Gorbatschow und Konservativen bestehen würde, nachdem viele Liberale wie der ehemalige Aussenminister Eduard Schewardnadse oder die Bürgermeister Moskaus und Leningrads, Popow und Sobtschak, die Partei verlassen haben. Wie strukturiert sich überhaupt das politische Leben der Sowjetunion heute? Welche Kräfte haben eine Bedeutung?

Die stärkste politische Kraft bleibt natürlich die KPdSU. Sie ist die grösste Partei, hat fantastisch viel Geld, versucht zur Zeit, Geld zu waschen, versucht, Privatisierungen zu eigenen Gunsten zu betreiben, indem sie Datschas und grosse Schiffe verkauft. Es gibt viele Hinweise, dass die KPdSU versucht, eigenständig an Joint-ventures teilzunehmen, damit sie «ihr» Geld in harte Devisen umwandeln kann. Es gibt eine grosse Masse von KommunistInnen an der Basis, die normalerweise am politischen Leben nicht teilnehmen. Diese Leute sind mehrheitlich konservativ, wurden ihre Überzeugungen doch meist noch in den alten Zeiten geformt. Das sind die Vertreter der alten Generation, die mit Stalin angefangen haben. Durch die rasanten Veränderungen sind sie heute oft völlig orientierungslos.

Innerhalb der KP finden wir aber weiterhin einen Flügel, der die Reformen befürwortet. Vertreter dieser Linie war

Die «stärkste der Parteien» zerfällt

Die KPdSU organisiert in über 200'000 Grundstrukturen immer noch 16 Millionen Mitglieder – neun Millionen allein in der Republik Russland. Seit 1986 wird jedoch ihre Vormachtstellung in Gesellschaft und Politik Schritt für Schritt in Frage gestellt, und die Partei begann zu zerbrechen. Nach dem Monopol auf Wahrheit fiel das Monopol auf Macht, und die Trennung von Partei und Staat wurde in Angriff genommen. Mit einem Dekret verbannte Boris Jelzin dann Ende Juli die Strukturen der KP aus allen Betrieben, Behörden, Schulen, Kindergärten und Kommunalverwaltungen in Russland. Die konservative Fraktion der Moskauer Stadtpartei um Juri Prokobjew reagierte hart und warf Jelzin Bruch der Verfassung vor.

Während der konservative Flügel der KP heillos in eine Vielzahl verschiedenster Grüppchen gespalten ist, organisieren sich die progressiven in der KP verbliebenen Mitglieder vor allem in der Demokratischen Partei der Kommunisten Russlands DPKR, die Anfang August als Konkurrenz zur konservativen Russischen Kommunistischen Partei gegründet wurde und die sich weiterhin als Teil der KPdSU versteht. Zu den Gründerfiguren gehören prominente KP-Mitglieder wie Arkadl Wolski (Vorsitzender des Wissenschafts- und Industrieverbandes), Nikolai Petrakow, Gawriil Popow (Bürgermeister von Leningrad), Alexander Ruzkoi (Vizepräsident Russlands),

Anatoll Sobtschak (Bürgermeister Moskaus), Iwan Silajew (Ministerpräsident Russlands), Stanislaw Schatalin, Eduard Schewardnadse (ehem. Aussenminister) und Alexander Jakowlew (Gorbatschows Ex-Chefberater). Ruzkoi wurde von den 800 Delegierten zum Vorsitzenden des 225köpfigen provisorischen Führungsausschusses gewählt. Die DPKR betont ihre Zugehörigkeit zur KPdSU, um damit Anspruch auf das unermessliche Vermögen der Partei zu haben.

Als Reaktion auf die Gründung der DPKR wurde der konservative Erste Sekretär der KPR, Iwan Poloskow, aus dem Politbüro ausgeschlossen, und er musste von seinem Amt zurücktreten. Gleichzeitig wurde Alexander Ruzkoi aus der Partei ausgeschlossen. Während also prominente Reformer ausgeschlossen werden, versucht die KP – durch die Neugründung unter Reformdruck geraten – ihre konservativsten Kader loszuwerden. Ein von Gorbatschow vorgelegter Programmtext für die KPdSU wurde zudem vom Zentralkomitee zerpfückt. In dem in der PRAWDA veröffentlichten Entwurf des ZK fehlt u.a. die von Gorbatschow geforderte Rechenschaft der Parteimitglieder gegenüber den WählerInnen. Der zentrale Apparat der KP zerfällt weiter in politischen Grabenkämpfen, während die Apparatschiks aller Stufen in aller Selbstherrlichkeit ihre eigenen Spielregeln und Gesetze erlassen.

Schewardnadse. Die letzten Analysen zeigen jedoch, dass er zu spät kommt. Das Projekt, die KP von innen heraus mehrheitlich zu einer Reformpartei zu machen, ist gescheitert. Solche Versuche hatten vielleicht eine Chance, als die Partei noch stark war und als die Reformen noch auf Einverständnis innerhalb der Partei stiessen. Heute ist es dazu jedoch zu spät. Die potentiellen Mitglieder einer Reform-KP haben die KP inzwischen verlassen und wollen nichts mehr von ihr wissen.

Eine interessante Situation finden wir in der Russischen Kommunistischen Partei vor. Diese ist besonders bekannt durch gehässige Aussagen ihres Leiters Ivan Poloskow, der praktisch ein Symbol für die konservativen Kräfte in der KPdSU ist. Er spricht von der Rückkehr zum Sozialismus, vom bewussten Verzicht auf Marktwirtschaft. Sie bildeten eine neue Partei unter der Leitung von Alexander Ruzkoi, dem ehemaligen Vizepräsidenten Russlands und Held der Sowjetunion, Oberst im Afghanistan-Feldzug. Er hat eine Fraktion gebildet, die ein Gegenge-

wicht zur Russischen Kommunistischen Partei darstellen könnte.

Neben der KP finden wir die Demokratische Partei Russlands von Nikolai Travkin, aufgebaut als Alternative zur KP. Innere Widersprüche verhinderten den Aufbau einer starken, zentralisierten Organisation. Seine Aufbaumethoden glichen aufs Haar denjenigen der Kommunisten. Viele Leute haben ihn deshalb wieder verlassen. Parteien und Bewegungen organisieren völlig zufällige Leute. Es gibt innerhalb dieser demokratischen Bewegung wo etwas wie Phänomene einer Wachstumskrankheit. Es entstehen Parteien und Bewegungen, die nicht nur Anti-Verfassungs-Bewegungen sind, sondern die teilweise auch offen nationalistisch oder faschistoid sind. So ist ja auch Pamjat auf der Welle von Perestroika, Glasnost und Demokratisierung entstanden.

Welche Bedeutung in diesem politischen Szenario haben Leute wie Popow

oder Sobtschak oder der kürzlich aus der KP ausgetretene Schewardnadse?

Sie nehmen eine zentrale Stellung ein. Popow und Sobtschak sind die Figuren – und das ist ein Paradox –, die von allen Seiten kritisiert werden. Die einfachen Leute kritisieren sie, weil sie keine positiven Veränderungen im täglichen Leben und der Versorgungslage sehen. Sie werden aber auch von konservativen Kräften kritisiert, weil sie die KP verlassen haben und weil sie wirklich ökonomische Reformen durchführen möchten. Gleichzeitig haben sie aber auf Stadtebene praktisch keine Kraft. In Moskau beispielsweise ist die Regierung praktisch bedeutungslos. Einflussreich sind hier zahlreiche Ministerien, die KPdSU, der Präsidentendienst. Es gibt in dieser Stadt Gegenden, die für normale Menschen gesperrt sind, beispielsweise die ehemalige Datscha Stalins, Eigentum des ZK der KPdSU. Es gibt riesige Flächen Territoriums des KGB. Es gibt riesige Wohnbereiche, die leerstehen, die aber trotz Wohnungsnot nicht bezogen werden können, da sie im Besitz des Verteidigungsministeriums sind. Deshalb haben Leute wie Popow oder Sobtschak einen schweren Stand.

Es gab Gerüchte, dass Gorbatschow die Gründung der Demokratischen Bewegung Russlands unterstützt habe, um ihm als Auffangbecken zu dienen, falls er in der KP endgültig von den Konservativen marginalisiert wird. Ist das möglich oder gar wahrscheinlich?

Die Demokratische Bewegung wurde als Alternative zur KPdSU gegründet. Die meisten Leute wollen aber mit Kommunismus einfach nichts mehr zu tun haben. Es ist wie eine Wiederholung der Geschichte Gorbatschows: Viele Menschen



sagen, die Zeit von Gorbatschow ist vorbei, weil er ein Kommunist ist. Auch Schewardnadse dürfen wir heute nicht einfach durch die rosa Brille betrachten. Er ist bekannt für seine Repressionen in Georgien, durch seine Tätigkeiten als Vorsitzender des dortigen Innenministeriums und als Funktionär im KGB. Die Menschen sind dieser Leute einfach überdrüssig.

Wer beteiligt sich denn überhaupt noch am politischen Leben? Haben die missliche Versorgungslage und die frustrierten Erwartungen der Perestroika zu Rückzug und Entpolitisierung geführt? Hofft man wieder auf autoritäre Lösungen?

Es gibt auch viele politische Fanatiker. Viele Leute, die demokratische Bewegungen vertreten möchten, verfügen einfach nicht über die politische Kultur, dies auch zu tun. Ausdruck dieses Fehlens einer politischen Kultur sind zum Beispiel Kundgebungen für Jelzin, die angeführt werden von Fanatikern, die Jelzin als neuen russischen Zaren darstellen, der uns alle retten wird. Ich habe für diese Leute wenig Sympathie übrig.

90 Prozent der Menschen sind aber tatsächlich einfach enttäuscht durch das Ausbleiben von politischen Veränderungen. Ihr Problem ist das heutige Preisniveau. Ihre Frage ist, wo sie etwas zu essen kaufen können. Zudem sind bei den letzten Wahlen nicht die Leute gewählt worden, die Reformen durchführen wollen, sondern oft einfach solche, die für ihre eigenen Privilegien arbeiten. Viele Menschen unterstützen deshalb einfach Karrieristen, die sie kennen, in der Hoffnung, wenn diese Person gewählt werde, komme man vielleicht einfacher an eine Wohnung, ein Auto oder ähnliches. Menschen, die sich wirklich für die

Realisierung von Reformen einsetzen, gibt es sehr wenige. Dazu muss man schon beinahe Don Quichotte sein.

Ich persönlich verstehe auch, dass Boris Jelzin ein Mensch von damals ist, dass er ehemaliger Parteisekretär und ehemaliges Politbüromitglied ist. Aber er ist auch für mich momentan die einzige reale Figur, die Reformen durchführen kann und dies auch will. Deshalb unterstütze ich Jelzin, auch wenn mir viele seiner Charakterzüge überhaupt nicht gefallen. Viele Intellektuelle denken wie ich.

Du hast das Problem der Wirtschaftslage erwähnt. Es gibt eine wahre Inflation von Reformprojekten. Gorbatschow ist mit einem neu zusammengeklauten und zusammengekleisterten Reformpapier nach London gereist. Gleichzeitig hat die Pawlowsche Preisreform vom April zu einer Verdreifachung der Preise geführt, ohne die Regale in den Geschäften auch nur minimal besser zu füllen. Sind die Reformprojekte das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurden? Gibt es realistische Reformprojekte?

Kein Plan, der auf dem Papier existiert, ist realisierbar. Auf dem Papier können sie sehr gut sein. Es ist aber eine alte russische Tradition, dass hier alles nur zur Hälfte gemacht wird. Das Programm der 500 Tage beispielsweise war ein sehr gutes Programm (vgl. BRESCHENr. 90-12 und 91-7/8, rb). In der letzten Minute hat Gorbatschow aber nein gesagt, und das Reformprojekt war gestorben. Das neue Programm des Ministerpräsidenten hat bisher noch niemand ganz gesehen. Als Jawlinski sein Reformprojekt vorlegte, haben wir eine Extranummer gemacht und das Programm vollumfänglich abgedruckt. Das neue Programm des Ministerpräsidenten wurde aber bisher nicht vollständig zugänglich gemacht.

Alle diese Reformprojekte sind auf eine bestimmte Situation und Zeit abgestimmt. Die Zeit verstreicht, die Bedingungen verändern sich, die Projekte verlieren ihre Aktualität und Realisierbarkeit. Wir versuchen hier in Russland, Bier und Wodka zusammenzumischen. Das geht zwar, ist aber schwer verdaulich.

Die zentralen Misswirtschafts-Instanzen haben die Kontrolle verloren. Wer kontrolliert heute die Wirtschaft der Sowjetunion?

Niemand. Keine zentrale Entscheidung hat irgendwelche Bedeutung. Die Befehle des Ministerpräsidenten werden überhaupt nicht erfüllt. Den grössten Einfluss auf unsere Wirtschaft hat derzeit die Mafia. Zusätzlich findet momentan ein «Krieg der Gesetze» statt: Jedes Gebiet, jeder Kreis, jeder Rayon, jede Stadt hat eine eigene Regierung, die versucht, ihre eigenen Beschlüsse durchzusetzen. Ein Stadtbezirk Moskaus beispielsweise hat erlassen, dass auch die Vögel, die durch den Stadtteil fliegen, Eigentum des Stadtteils sind.

In der Sowjetunion werden teilweise auch Leute, die in der Strasse mit einigen Päckchen Zigaretten handeln, als Mafia bezeichnet. Die kleinen Kioske, die zu für uns unglaublichen Preisen Westwaren verkaufen, werden als mafiose Strukturen benannt. Aber der Staat selbst macht diese Geschäfte zur Mafia, indem er den Übergang zu wirklich marktwirtschaftlichen Mechanismen verhindert. Durch Gesetze und Befehle wird private Initiative immer wieder gestoppt. Durch hohe Steuern wird die Gründung von kleinen privaten Betrieben oder von Joint-ventures verhindert. Der einzige Weg liegt in der Bestechung von Beamten und anderen illegalen Methoden. Die

SADKO – ein blühendes Unternehmen

Die meisten der unzähligen Joint-ventures der Sowjetunion existieren nur auf dem Papier oder gehen schlecht. Anders das sowjetisch-schweizerische Joint-venture SADKO – benannt nach einem reichen Händler, der weltweite Geschäfte tätigte, einer berühmten Sagengestalt aus dem Mittelalter in Nowgorod. Gegründet wurde es im Dezember 1987 von sowjetischer Seite durch das Handelsministerium mit einer Einlage von 51% (8 Millionen Goldrubel, Land und Gebäude) und von Schweizer Seite durch die Firma Hopf Service Ltd., Zürich, mit einer 49%-Beteiligung (20 Millionen Fr.). Nach der Vertragsunterzeichnung wurden im Oktober 1988 zwei Geschäfte (Lebensmittel und Kleider) in Moskau geöffnet, die heute mit einem täglichen Umsatz von 90'000 Goldrubel (Lebensmittel) und 40'000–50'000 Goldrubel (Kleider) arbeiten (1 Goldrubel = 80 Rappen = 15 gewöhnliche Rubel). Mit 200 Angestellten und drei Schweizer Beratern gehört die SADKO zu den grösseren Unternehmen dieser Art in der UdSSR. Die Angestellten erhalten Löhne von 500 Rubel/Monat für Verkäuferinnen; der Direktor bezieht 1200 Rubel/Monat. Im Vergleich: der Einkauf von 2 Liter Orangensaft, 4 Joghurt, 6 Dosenbier und zwei Tafeln Schog-

gl kostet mich hier umgerechnet 500 Rubel, d.h. ein Monatsgehalt. Nichts desto trotz stehen permanent an die 50 Leute – und mehrheitlich RussInnen – Schlange, um ins Geschäft zu kommen. Während aber noch vor einem Jahr der Umsatz im Kleidergeschäft mehr florierte, führte die Verschlechterung der Versorgungslage zu einem rasanten Anziehen des Verkaufs im Lebensmittelgeschäft. So zeigen denn auch die Prognosen der SADKO nach vorne: Zwei zusätzliche grosse Geschäfte befinden sich im Bau bzw. in der Bauvorbereitung:

Sadko-Passage: 150 Millionen Dollar teuer, in der Nähe des internationalen Ausstellungsgeländes (Krasnaja Presnja) gelegen, wo ein Schweizer Architekt einen Komplex mit Restaurant, Hotel, Coiffeursaloon, Geldwechsel, Sauna, Swissair-Büro und Büro-Räumen hinbaut, und die Sadko-Arkade, ebenfalls in der Nähe des Ausstellungsgeländes, mit 8 Restaurants (Italienisch, Schweizer Chalet, japanisch usw.), einer eigenen Bäckerei/Konditorei und Metzgerei, Pelzgeschäften, Geschäften für Inneneinrichtungen usw.
Der einen Versorgungsnotstand, der anderen Profit..

Leute an der Spitze profitieren von dieser Situation und haben alles Interesse daran, den jetzigen Zustand aufrechtzuerhalten. Beispiel dafür ist eines der letzten Gesetze der Regierung von Nikolai Ryschkov: Er hat eine eigene Privatisierung durchgeführt, obwohl er immer Gegner des Privateigentums und der Marktwirtschaft war. Er hat trotzdem einige riesige Datschas an seine Helfer verkauft für symbolische Summen. Ein Haus mit Sauna, grossem Garten usw. beispielsweise kostete 15'000 Rubel – ein Auto kostet heute mehr als das (750 Franken).

Welche Bedeutung haben denn diese kleinen privaten Initiativen wie Strassenhandel mit Westprodukten für den Übergang zur Marktwirtschaft?

Sie haben eine grosse Bedeutung. Die Leute lernen dadurch, Handel zu treiben. Durch die völlige Monopolisierung haben wir das verlernt. Ich denke, es ist gut, wenn Leute versuchen, eigene Kontakte mit westlichen Ländern aufzubauen. Das

Problem liegt hier eher im Westen: Westliche Unternehmen wollen nichts riskieren. Kredite und Unterstützung aus dem Westen werden nur kommen, wenn hier bei uns reale Veränderungen geschehen, wenn Darlehen nicht in den Sand gesteckt oder verfressen werden.

Der letzte Winter wurde vorher in den Medien als Schicksalswinter für Gorbatschow dargestellt. Er hat den Winter überlebt, dazu diesen Sommer. Stehen wir wieder vor einem Schicksalswinter?

Wichtig wird sein, wie die diesjährige Ernte ausfällt. Letztes Jahr hat die Regierung eine gute Chance bekommen mit einer phantastisch grossen Ernte. Diese Chance haben sie verspielt. Das sowjetische Sprichwort lautet: «Je mehr Ernte, desto mehr Verluste.» Die Ernteprognosen sind gut, ob es aber gelingt, diese Ernte auch zu sammeln, zu lagern, zu transportieren usw. ist ungewiss. Ich glaube, wir werden den Winter überleben, wenn auch sicher viele Menschen vor Hunger

sterben werden. In Publikationen und Leserbriefen taucht immer häufiger der Begriff «die Kinder von Pawlow» auf, die durch die Preisreformen vom April weit unter das Existenzminimum gefallen sind.

Für die Menschen im Westen, vor allem in der Schweiz, sind wir wie Ausserirdische. Man muss hier leben, um dieses Land zu verstehen. Auch die westlichen Korrespondenten, die hier leben, haben oft keine Vorstellung davon, was sowjetisches Leben ist. Es gibt bei uns Sondergeschäfte für AusländerInnen mit Devisen. Sie können sich nicht vorstellen, wie das ist, in einer Wohnung zu leben mit 20 Quadratmetern für fünf Personen.

Gorbatschow muss klar ja oder nein sagen zur Marktwirtschaft. Wir stehen vielleicht vor der Entscheidung zu einer totalitären Diktatur der Militärs mit Unterstützung breiter verunsicherter Teile der Bevölkerung. Viele Menschen verlangen heute nach einer starken Hand. Sie wollen eine Wohnung und Essen. Marktwirtschaft und Demokratie sind da nicht so wichtig, vor allem kennen sie es nicht. Sie erinnern sich an die Zeiten unter Breschnew, die damalige Versorgungslage und das damalige Preisniveau. Es gab zwar Dissidente, Unterdrückung der Menschenrechte usw., aber uns ging es besser, so der Volksmund. Das kann einen gefährlichen Boden abgeben.

Das war die pessimistische Variante. Gibt es auch eine optimistische?

Kaum. Optimistisch ist hier niemand. Einige Leute wollen eine starke Hand, andere wollen Veränderungen, wissen aber nicht wie, und die dritten wollen einzig und allein in den Westen gehen. . .